

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 219 B

BERLIN • Sonnabend, den 17. September 1932

1. JAHRGANG

# Zuchthausmaschine gegen die Arbeiter.

## Das Drama von Newcastle.

Vom englischen Gewerkschaftskongreß.

Von Allan Flanders (London).

Man stelle sich vor: ein Theater, in dem gerade ein Drama gespielt wird, dessen Handlung so weit von der Wirklichkeit des Lebens entfernt ist, dessen Ende schon so klar zu erraten ist, daß es eine Qual ist, sich das Stück weiter anzusehen, so daß man völlig übermannt wird von Müdigkeit und Langeweile. Dazu stelle man sich eine Zuhörerschaft vor, die zum größten Teil aus gutgenährten alten Herren besteht, die nicht gekommen sind, weil das Stück sie interessiert, sondern weil sie dafür bezahlt worden, wenn sie nur stets zur rechten Zeit „Bravo!“ rufen. Hier und da schläft einer, viele lesen Zeitungen, die meisten befinden sich in privaten Unterhaltungen. — Und dann stelle man sich vor, daß die Darsteller des langweiligen Dramas plötzlich gezwungen werden, sich etwas zurückzuziehen, und daß ein kurzes Zwischenspiel wirklichen Lebens in das Drama eingeschoben wird. Das Zwischenspiel wird meist schlecht gespielt, und die gut ausgebildeten, gut bezahlten Schauspieler im Hintergrund räumpfen die Nase. Die Zuhörerschaft wird unruhig; aber wenn man bei dem Spiel der neuen Darsteller die ehrliche Absicht bemerkt, von den beiden anderen über all den guten oratorischen Leistungen und wohlgeübten Gesten nichts zu verspüren war, dann bricht die Zuhörerschaft in Beifall aus. Dann ist die Müdigkeit verfliegen, und die geübten Schauspieler müssen all ihren Geist und ihre Routine aufbieten, um sich noch durchzusetzen.

Wenn man sich dies alles vorgestellt hat, dann weiß man, wie es auf dem Gewerkschaftskongreß in Newcastle ausgesehen hat. Die Theaterkritik des bürgerlichen „Manchester Guardian“ dazu lautet:

„... er (der Kongreß) hat nicht sehr dazu geholfen, die Ziele und die Taktik der Arbeiterbewegung zu klären, aber er hat ein Licht geworfen auf ihre Stimmung und ihren Geisteszustand.“

In all den Resolutionen, die während der vergangenen Woche in Newcastle angenommen worden sind und in denen an die Regierung — an die reaktionäre Regierung Großbritanniens! — appelliert wird, etwas zu tun, was im Interesse der Arbeiterschaft liegt, auf den 160 Seiten des Jahresberichts, den der Generalrat dem Gewerkschaftskongreß vorgelegt hat, in all den gewundenen Sätzen ist keine Veränderung und schon gar keine Umschwung in der Politik der englischen Gewerkschaften zu entdecken. Die einzige Ausnahme bildet hier die Ratifizierung des Beschlusses des Generalrats,

### Erwerbslose in Sonderverbänden zu organisieren.

Ich will mich aber nicht bei den endlosen Debatten aufhalten, die in Newcastle gehalten wurden. Ich will lieber einige jener Zwischenspiele schildern, weil sie, obwohl sie nicht zu Resolutionen führten, doch weit nützlicher sind als diese, wenn man den Geist kennen lernen will, der in der englischen Gewerkschaftsbewegung heute herrscht.

### 1000 Arbeitslose verlangen Gehör.

Am Dienstag kam ein Demonstrationzug von etwa 1000 Erwerbslosen aus der Umgebung in Newcastle an und zog vor das Kongreßgebäude, das von langen Reihen von Polizeibeamten beschützt wurde; Polizei zu Pferde patrouillierte in den Straßen, und Spitzel fehlten sicherlich nicht bei den Massen, die zu beiden Seiten der Straßen standen, um der Demonstration zuzusehen.

Drinnen, im Sitzungssaal, wurde angekündigt, daß die Erwerbslosen eine Delegation hereinschicken wollten, die kurz über die örtliche Lage Auskunft geben und Vorschläge machen wollte für eine gemeinsame Aktion gegen die Bedürftigkeitsprüfung und die neuangekündigten Sparmaßnahmen der Regierung. Es wurde sogleich vorgeschlagen, daß die Delegation nicht empfangen werden sollte, da auf dem Gewerkschaftskongreß Erwerbstätige und Erwerbslose vertreten seien. Dieser Vorschlag wurde schon aus alter Gewohnheit gemacht: jedes Jahr findet eine solche Demonstration vor dem Gewerkschaftskongreß statt, und jedes Jahr weigerte sich dieser, eine Delegation der Demonstranten zu empfangen. Aber dieses Mal ging der Vorfall nicht „ordnungsgemäß“ vor sich; denn Bon Turner, ein Anhänger der Kirche, der auf dem Kongreß eher zu den Rechten als zu den Linken gezählt werden kann, forderte, daß die Delegation zugelassen werde und zehn Minuten Redezeit erhalten sollte. Er wurde sofort von Collick unterstützt, der auf dem ganzen Kongreß der

## Ein furchtbares Urteil.

10 Jahre Zuchthaus auf Nazi-Aussagen hin.

Das Berliner Sondergericht hat am Donnerstag den 57jährigen Arbeiter Berger zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt

„wegen versuchten Totschlags und schweren Landfriedensbruchs“.

Wie der Verteidiger, Rechtsanwalt Litten, am Abend in einer Veranstaltung der „Roten Hilfe“ ausführte, ist diese Verurteilung zusammen mit den fünf Freisprüchen der übrigen Angeklagten anwäschistischer Arbeiter das Ergebnis des Zusammenbruchs einer weitgehenden Anklage (auf versuchten Totschlag gegen drei Arbeiter).

Es handelt sich um die Schießerei vor einem neu bezogenen SA-Lokal in der Buttmanstraße am 5. September. Als die Nazis in das neue Lokal einzogen, sammelten sich Arbeiter auf der Straße an, die die Nazis mit „Rot Front!“ und „Nieder mit der braunen Mordpest!“ begrüßten. Es sollen auch Steine gegen das Lokal geflogen sein. Dann fielen etwa 30 Schüsse, die niemanden verletzten. Wer hat geschossen? Mehrere Zeugen, die aus verschiedenen Stockwerken des fraglichen Hauses die Szene beobachtet haben, bekunden, daß nur aus dem Lokal — und zwar auf einen Pfiff hin — geschossen worden ist. Einschüsse sind gegenüber dem Lokal zu sehen.

Bei keinem der Angeklagten ist eine Waffe gefunden worden.

Alle Angeklagten bestreiten bestimmt, sich in irgendeiner Weise schuldig gemacht zu haben. Insbesondere sagt Berger, er sei gar nicht am Tatort gewesen.

Nach derselben Methode, die wir vorgestern aus Altona berichteten, sind die Denunziationen der Nazis zustande gekommen: ein Arbeiter geht zur Polizei, weil er als Passant die Schießerei beobachtet hat; er wird einigen Nazis gegenübergestellt, die dann prompt behaupten, ihn als einen der Schützen wiederzuerkennen. So kamen die Anklagen auf versuchten Totschlag zustande. Der Anklagte Tentscher war während des ganzen Vorfalles auf einem Trainingsabend bei einem bürgerlichen Sportklub: sämtliche 40 Teilnehmer dieses Abends bezeugten dies. Bei Berger war es der Verteidigung bei der Kürze der Zeit, die das Sondergericht zwischen Zustellung der Anklage und Prozeßbeginn läßt (unter Umständen nur 24 Stunden) nicht gelungen, so viele Entlastungszeugen zu stellen, daß auch diese Anklage so katastrophal zusammenbrach wie die anderen fünf.

Das Gericht ist zu dem furchtbaren Zuchthausurteil gekommen auf Grund der Aussagen von Zeugen, die ihre Verlogenheit in diesem Prozeß kraß erwiesen haben. Dafür wird Berger im Zuchthaus ein Greis werden, wenn nicht — und damit sind wir wieder bei der Forderung des Tages: der Forderung nach Organisierung der Einheitsfront. Auch Litten fand dafür am Schluß seiner Rede am Donnerstag abend entschiedene Worte.

## Deine rote Hilfe.

plagt von tödlicher Langeweile, er wird stumpf. Wenn ... wenn du ihm nicht hilfst.

Du kannst ihm helfen. Du hast Kopf und Hände frei. Du kannst zu deinen Klassengenossen sprechen, du kannst Treppen steigen und Zeitungen verkaufen. Du kannst arbeiten an der Einheitsfront der Arbeiterschaft, und nur dadurch kann diesem Jungarbeiter geholfen werden.

Auf die Aussage von fünf Nazis ist Paul Schmidtke verurteilt worden. Ein einzelner Mensch, Zola, hat einmal einen Kampf gegen ein Fehlurteil allein begonnen. Er hat gesiegt. Wir sind Tausende, Millionen, aber unsere Front ist gespalten. Weil sie gespalten ist, bleibt Paul Schmidtke und mit ihm all die anderen proletarischen Gefangenen hinter Zuchthausmauern. Helfen kann ihnen nur die Einheitsfront des Proletariats. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Das ist kein bloßes Schlagwort, wir brauchen uns nur danach zu richten, um ihm Leben einzuhauchen.

Damit ist deine Aufgabe klar. Deine Hilfe, deine rote Hilfe für Paul Schmidtke, ist Arbeit, rastlose und unermüdete Arbeit an der Einheitsfront. H. D.

## 3 bis 5 Millionen Mark Devisenschiebungen.

Die Berliner Zollfahndungsstelle hat neue riesige Devisenschiebungen aufgedeckt. Sechs Personen, die u. a. mit falschen Pässen arbeiteten, sind verhaftet worden. Der Wert der verschobenen Effekten liegt zwischen 3 und 5 Millionen Mark.

beste Vertreter der Linken war. Auch andere Redner traten dafür ein, die Delegation zu empfangen. Dann sprach Citrino, der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes: Die Demonstration sei von der Kommunistischen Arbeitslosenbewegung organisiert; deren Führer habe gesagt, Erwerbslose sollten, wenn sie wieder Arbeit hätten, nur dann in die Gewerkschaften gehen, wenn sie das mit der Absicht täten, deren reaktionäre Politik zu bekämpfen. „Ihr wollt doch nicht einer Organisation hier Gehör verschaffen, die gegen die Gewerkschaften ist, nicht wahr?“ Das schlug ein, obwohl die Demonstration keineswegs nur aus Anhängern der Kommunisten bestand. Hätte man nach Collicks Rede gleich abgestimmt, so hätte sich wahrscheinlich eine Mehrheit für den Empfang der Delegation ergeben. So ergab die Abstimmung: Vertreter von 1 577 000 Mitgliedern gegen, 963 000 für Empfang der Delegation. Vertreter von über einer Million Mitgliedern enthielten sich der Stimme.

Nun darf man aber nicht schließen, daß diejenigen, die

nicht gegen den Empfang der Delegation stimmten, von dem Wunsche bewegt waren, einen Aufruf zum Kampf über sich ergehen zu lassen. Vielmehr konnte man klar aus ihren eigenen Reden entnehmen (in denen immer wieder Wendungen vorkommen wie: „Wenn wir die Delegation nicht empfangen, so könnte das später falsch ausgelegt werden“), daß sie Angst hatten vor denjenigen, die sie hier zu vertreten hatten, und die später Rechenschaft von ihnen verlangen würden. Nicht nur die einzelnen Delegierten, sondern auch die Führer der Gewerkschaftsbewegung stehen, wie man auf dem Kongreß oft beobachten konnte, der Ansicht der Arbeiter keineswegs gleichgültig gegenüber: Sie wollen sich die Gunst der Massen nicht verscherzen.

Das zeigt, was für Möglichkeiten die Arbeiter noch haben, die Gewerkschaften auf einen anderen Kurs zu lenken, wenn sie sich nur energisch dafür einsetzen.

### Beschlüsse gegen den Krieg werden vertagt!

Leben kam wieder in den Sitzungssaal, als eine Resolution mit dem Titel „Die Kriegsgefahr“ zur Diskussion stand.

Darin wird der Generalrat aufgefordert, sich beim IGB dafür einzusetzen, daß die Produktion und der Transport von Kriegsmaterialien aller Art für China und Japan sofort verhindert wird, damit der Krieg gegen das chinesische Volk und die Gefahr eines Krieges gegen Sowjet-Rußland gestoppt wird.

Diese Resolution wurde von kleinen Verbänden vor-

geschlagen und unterscheidet sich klar von jenen anderen Anträgen, in denen zumeist die Regierung zum Handeln aufgefordert wurde, während diese Aufforderung direkt an die Gewerkschaften selber gerichtet war. Leider beschränkte die Vertreter der Resolution sich darauf, von der Kriegsgefahr zu sprechen, die von niemand bestritten wurde. Es wäre wichtiger gewesen, hier eine Begründung dafür zu geben, daß gerade Maßnahmen, wie sie in der Resolution vorgeschlagen werden, geeignet sind, einen Krieg zu verhindern.

Gewerkschaftsführer wie Thorne und Bevin traten gegen die Resolution ein. Thorne, weil er nicht „Vorschläge zustimmen könne, die undurchführbar seien und einen neuen Generalstreik bedeuten würden“. Bevin wies darauf hin, daß man nicht feststellen könne, welche Gegenstände zur Munition zu rechnen seien, daß eigentlich alle Grundstoffindustrien der Munitionsherstellung dienen. Die Resolution sei undurchführbar. Der Kongreß solle doch ehrlich sein und nicht den falschen Glauben hervorrufen, als könne solche Resolution in einer Krise verwirklicht werden. Mit anderen Worten: Während einer Krise könne man es sich nicht leisten, Arbeiter erwerbslos werden zu lassen, indem man sich weigerte, Kanonen herzustellen!

Collick fragte darauf Bevin, von wem er denn die Verhinderung eines Krieges erwarte, wenn die internationale Arbeiterbewegung sich nicht dafür einsetze. Nun griff Citrine ein: Wenn diese Resolution angenommen werde, dann könne sie sich in ihrer Anwendung nicht auf China und Japan beschränken, dann müsse sie allgemein durchgeführt werden. Ehe man so weitreichende Beschlüsse fasse, müßten erst weitere Untersuchungen angestellt werden. (Da die Kriegsgefahr nicht erst während der Tagung des Kongresses entstanden ist, hätten diese Untersuchungen eigentlich schon eher angestellt werden können!) Andererseits erkannte Citrine mit Recht, daß die Imperialisten aller Länder sich die Hände reiben würden, wenn der Gewerkschaftskongreß gegen die Resolution stimmen und damit beschließen würde, daß er Produktion und Transport von Kriegsmaterial nicht verhindern würde.

Daraufhin wurde der Beschluß aufgeschoben.

Die englischen Gewerkschaften haben sich somit in keiner Weise auf Maßnahmen zur Verhinderung eines Krieges

festgelegt. Bevin behauptete sogar, es sei nicht Aufgabe der Gewerkschaften, den Krieg zu verhindern.

Diese Ansicht wurde allerdings von vielen Delegierten bekämpft. Bevin, der Mitglied des Generalrats ist, hat sich mit seiner Äußerung in Widerspruch zu der Satzung des Gewerkschaftsbundes gestellt, in der es heißt, die Gewerkschaften müßten alles tun, was in ihrer Macht steht, um einen Krieg zu verhindern und im Falle einer Kriegsgefahr, möglichst vor Ausbruch des Krieges, einen außerordentlichen Kongreß einberufen. Nur reicht dieser Absatz der Satzung, besonders im Lichte des Kongresses von Newcastle, nicht hin, um bei den Arbeitern Vertrauen zu erwecken, daß die Gewerkschaften wirklich einen Krieg verhindern werden. Während des China-Japan-Konflikts wurde es weder für nötig befunden, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, noch dafür zu sorgen, daß keine Munition nach dem Fernen Osten verschifft wurde.

### Zollpolitik.

Der verwaschene Bericht des Wirtschaftskomitees, in dem um eine klare Entscheidung der Frage: für oder wider die Zollpolitik der Regierung? wie um den heißen Brei herumgegangen wird, wurde von vielen Delegierten bekämpft. Aber als es zur Abstimmung kam, fanden sich wieder nur etwas über 900 000 Stimmen, die dagegen waren. Auf dem ganzen Kongreß konnte man beobachten, daß der linke Flügel etwa ein Viertel der Stimmen auf sich vereinigte. Das heißt aber nicht, daß er nicht von mehr als einem Viertel der Gewerkschafter unterstützt wird: denn die Oppositionsstimmen gehen oft dadurch verloren, daß ein Delegierter für den ganzen Verband stimmt.

Große Entschlüsse sind auf dem Kongreß nicht gefaßt worden. Die Arbeiter werden auch mit seinen Ergebnissen nicht zufrieden sein. Wenn sie das durch einen energischen Protest zum Ausdruck bringen, wenn sie jetzt ihre Führer unter Druck setzen, um sie zu zwingen, praktisch das zu tun, was sie in Newcastle versäumt haben, dann kann dieser Kongreß zu einem Wendepunkt werden, dann kann sich der Geist in der Arbeiterbewegung allgemein durchsetzen, der unter den streikenden Weibern in Lancashire herrscht,

dann kann der nächste Gewerkschaftskongreß ein anderes Gesicht erhalten.

## Japan in der Mandschurei.

Am Donnerstag nachmittag wurde in Tschangtschun von Vertretern Japans und des mandschurischen Staates das „Mandschukuo-Protokoll“ unterzeichnet, mit dem Japan die Mandschurei anerkennt. Es hat den folgenden Wortlaut:

„Die japanische Regierung und die Regierung Mandschukuos, in der Erwägung, daß Japan festgestellt hat, daß das Land Mandschukuo sich nach dem Willen seiner Bewohner in voller Freiheit als unabhängiger Staat gebildet und konstituiert hat,

in der Erwägung, daß Mandschukuo erklärt hat, die von China geschlossenen internationalen Abmachungen, soweit sie Mandschukuo betreffen, achten zu wollen, ... haben folgende Vereinbarung geschlossen:

1. Insofern nicht künftig andere Abmachungen zwischen Japan und Mandschukuo getroffen werden sollten, bestätigt und achtet Mandschukuo alle Rechte und Interessen, die Japan oder dessen Staatsangehörige auf dem Gebiet von Mandschukuo infolge von zwischen China und Japan geschlossenen Verträgen, Abmachungen oder anderen Verbindlichkeiten ... besitzen.

2. Japan und Mandschukuo, überzeugt, daß jede gegen das Territorium oder die Sicherheit eines der beiden verfassungsmäßig gerichteten Drohung gleichzeitig eine Bedrohung der Sicherheit und Existenz des anderen Teils bildet, verpflichten sich, zur inneren und äußeren Verteidigung des bedrohten Staates wechselseitig zusammenzuwirken. Japa-

nische Hoerkräfte, die zu diesem Zweck erforderlich sind, werden in Mandschukuo stationiert.

Dieses Protokoll wird am Tage seiner Unterzeichnung in Wirkung treten.“

Das Protokoll wurde unterzeichnet von dem außerordentlichen japanischen Botschafter Muto und vom mandschurischen Ministerpräsidenten.

Die chinesische Regierung hat sofort nach der Unterzeichnung dieses Protokolls seitens Japans Protestnoten nach London, Paris, Washington, Rom und Genf geschickt, in denen sie Japan der Verletzung chinesischer Hoheitsrechte beschuldigt und ein sofortiges internationales Vorgehen verlangt. Außerdem hat die chinesische Regierung in einer Note an die Unterzeichner des Neunmächte-Abkommens das Vorgehen Japans als eine unmittelbare Verletzung dieses Abkommens angegriffen und die Unterzeichnerstaaten zu einer Konferenz aufgerufen.

Daß über diese Protestaktionen hinaus etwas geschieht, wird die Nanking-Regierung wohl nicht erwarten.

In Mukden ist der Belagerungszustand erklärt worden, da die japanische Militärpolizei, im Zusammenhang mit der Anerkennung der Mandschurei durch Japan, von chinesischer Seite her Unruhen erwartet.

### Die Krise in Danzig.

In der Volkstagsitzung vom Donnerstag sind eine Reihe von Anträgen eingebracht worden, die dem Senat schwer zu schaffen machen. Die Nazis haben den angekündigten Antrag, den Volkstag aufzulösen, nun doch gestellt, und zwar zusammen mit den Kommunisten. Die Sozialdemokraten haben vier Anträge eingebracht, die sich gegen die Notverordnungen des Senats richten. Der Präsident des Senats verteidigte daraufhin noch einmal die Notverordnungen, die zur Ausgleichung des Haushalts unbedingt notwendig gewesen seien und die unter Billigung aller die Regierung bildenden Parteien und der Regierung tolerierenden Nazis angenommen worden seien.

Die Abstimmung über all diese Anträge wird in der nächsten Volkstagsitzung erfolgen.

### Die deutsche Regierung an Henderson.

Nach einer amtlichen Meldung hat die deutsche Regierung in der Frage der bevorstehenden Bürositzung der Abrüstungskonferenz einen Brief an den Vorsitzenden der Konferenz, Henderson, gerichtet. Man wird mit der Annahme nicht irren, daß die Regierung darin ihre Teilnahme an den kommenden Sitzungen der Konferenz ablehnt, sofern die Gleichberechtigungsfrage nicht doch noch gelöst wird.

In der ersten Sitzung eines der technischen Ausschüsse, die am Donnerstag stattgefunden hat, war Deutschland nicht vertreten. Der rumänische Vorsitzende des Ausschusses ging darüber stillschweigend hinweg.

### Umsturz der chilenischen Regierung.

Der Führer des jüngsten Umsturzes in Chile, Merino, von dessen Flucht wir gestern berichteten, hat mit 70 Flugzeugen einen Angriff auf Santiago geplant, um sich zum Diktator zu machen, da er sich mit dem neuen Präsidenten Blanco nicht verständigen könne. Merinos Angriff konnte verhindert werden. Er selber wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Blanco, der nach Merinos Flucht vorerst zurückgetreten war, hat sich wieder zum vorläufigen Präsidenten gemacht. Aus der Tatsache, daß zwischen ihm und dem abgesetzten Präsidenten Davila eine politische Aussprache

stattgefunden hat, läßt den Verdacht aufkommen, daß in Chile nur die Regierung dem Umsturz erlegen ist, während die Unterdrückungspolitik Davilas fortbesteht.

Blanco hat ein neues Kabinett gebildet, das von der Armeo unterstützt wird.

### Geht der belgische Streik weiter?

Der kommunistische „Klassenkampf“ gibt eine Meldung des belgischen Innenministeriums weiter, wonach von 100 000 Arbeitern, die zu Beginn der Woche im Streik standen, nur 35 000 die Arbeit aufgenommen hätten. Demnach bestünde also die Möglichkeit, daß auch dieses Mal, wie schon im Juli, die Arbeiter den Beschluß der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht befolgen. In einigen Zechen, in denen die Arbeit schon wieder aufgenommen worden ist, begann der Streik von neuem, als die Unternehmer Maßregelungen vornehmen wollten.

Am Mittwoch fand in Charleroi eine Delegiertenkonferenz der Streikkomitees statt, an der vor allem kommunistische Delegierte teilnahmen. Auf dieser Konferenz wurden als Forderungen für die Fortsetzung des Streiks aufgestellt: Aufhebung der fünfprozentigen Lohnkürzung vom Juni und Verzicht auf Maßregelungen.

### Hoesch wird Botschafter in London.

Der Posten des deutschen Botschafters in London, der seit der Ernennung Herrn von Neuraths zum Reichsaußenminister unbesetzt ist, soll dem bisherigen Pariser Botschafter Herrn von Hoesch übertragen werden. Zum Botschafter in Paris ist der bisherige Gesandte Köster bestimmt, der in der jüngsten Zeit im Auswärtigen Amt die Etatsangelegenheiten leitete.

Der bisherige Botschafter in Rom, von Schubert, soll durch den Gesandten in Belgrad, von Hassell, ersetzt werden.

### Vor verschlossenen Türen.

Die Einreiseerlaubnis in die Tschechoslowakei, die Trotzki erst vor kurzem erhalten hatte, ist wieder zurückgezogen worden. Der Innenminister fürchtet, für Trotzki's Leben nicht garantieren zu können.

## Opium.

Von Alexis Baranoff (Shanghai)

Die Aufgabe der Unterdrückung des Opiumhandels ist unter den heutigen Umständen deswegen von so außerordentlicher Schwierigkeit oder, besser gesagt, Aussichtslosigkeit, weil fast alle in Frage kommenden Regierungen aus finanziellen Gründen an der Erhaltung des Opiumlasters interessiert sind. Auch für eine gute Regierung ist es unter Umständen schwer, Mittel zu finden, den Schmuggel und die heimliche Herstellung des Opiums zu unterbinden. Man kann sich daher denken, welche Ausmaße das Opiumrauchen unter den mehr oder weniger wohlwollenden Blicken einer Regierung anzunehmen pflegt. Das aber ist die Situation, die fast im gesamten Fernen Osten anzutreffen ist.

Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, die in den Philippinen ein absolutes Opiumverbot durchgeführt haben, besitzen die meisten anderen Kolonialmächte Staatsmonopole. Die Einnahmen, die Japan aus dem Monopol in Formosa, Portugal in Macao, Frankreich in Indo-China, Holland in Holländisch-Indien und Großbritannien in Hongkong und den Malajischen Staaten bezieht, sind erheblich. Nach Angaben, deren Richtigkeit ich freilich nicht garantieren will, stammen die Einnahmen des portugiesischen Macaos zu 22 Prozent aus Opium. Die Malajischen Staaten leben zum Teil noch mehr vom Opium. Aber auch Holländisch-Indien, Hongkong und Französisch Indo-China beziehen zu 6,34 Prozent beziehungsweise 9 Prozent und 4,7 Prozent ihre Einkünfte aus Opium. Kein Wunder, daß diese Staaten an der Erhaltung der Monopole (und des Opiumrauchens) interessiert sind, und daß alle Opium-Konferenzen und -Konventionen leeres Geschwätz sind:

fromme Wünsche wohlwollender, aber wirkungsloser Menschenfreunde, oder — und dieser Verdacht hat mehr Grund als jene entschuldigende Erklärung — die bewußte Irreführung und „Vernebelung“ der Öffentlichkeit.

Die Ergebnisse der letzten internationalen Opium-Konferenz (sie fand statt in Bangkok, der Hauptstadt Siams, im November 1931) sind freilich so kläglich gewesen, daß man von einem offenen Fehlschlag reden darf. In den drei Artikeln des Vertrags werden wertlose Verpflichtungen übernommen, während elf „Vorschläge“ diejenigen Punkte enthalten, über die man sich nicht hat einigen können. Es war insbesondere der Widerstand Frankreichs und Portugals, der den Entwurf der vom Völkerbund eingesetzten Studienkommission zu Fall brachte.

Die Verhältnisse in China nehmen insofern eine Sonderstellung ein, als China weder ein staatliches Opium-Monopol, noch ein Verbot oder gar eine Legalisierung des Opiumhandels hat, sondern alles zusammen. In einigen Teilen des Landes haben örtliche Regierungen sich Monopolrechte angeeignet, in anderen Teilen werden überführte Opiumraucher kurzerhand erschossen, in wieder anderen gibt es mächtige Opiumbanden, die selbst auf die Politik Einfluß ausüben, und mit deren Wünschen die Regierungen zu rechnen haben.

Es sind neulich wiederholt Meldungen aufgetaucht, daß auch China die Absicht habe, ein staatliches Opium-Monopol zu errichten (vgl. auch den „Faktor“ vom 28. Juni 1932). Andererseits liegen offizielle chinesische Dementis vor, wonach die Einführung des Monopols nicht beabsichtigt werde. Wang Ching-Wei, der Vorsitzende des Nanking-Exekutivamts (Ministerpräsident) hat kürzlich mit großer Offenheit den Grund genannt, warum ein Monopol verhängnisvoll für China werden könnte. „Das System (des Monopols) gibt Anlaß zu ernsthaften Mißständen, und wenn nicht die richtigen Menschen da sind, um es durchzuführen, kann es nur zu leicht als Vorwand benutzt werden für ausgedehnten Mohnanbau und offenen sowie unbeschränkten Opiumverkauf“ (Kuo Min-Agentur, Nanking, 27. Juni).

Diese Zustände sind allerdings nicht nur eine Möglichkeit, sondern in vielen Teilen Chinas, in denen ein Monopol bereits besteht, Wirklichkeit. In Provinzen, wie Szechuan, Kweichau, Anhui, Jünnan, wird Mohn in großen Mengen gehaut, und das Opium wird vollkommen offen verkauft. In Chengtu, der Hauptstadt Szechuans, gibt es fast keine Straße ohne Opiumlokale. In einigen Straßen ist fast alle hundert Schritt eine dieser dreckigen Kneipen, durch deren Türöffnung man die Reihe der auf den Bänken liegenden Raucher sieht. Die ganze Stadt riecht süßlich nach Opium. Aus Kweichau wird berichtet, daß dort in einigen Orten 90 Prozent der Bewohner Opiumraucher sind. „Schüler und Schülerinnen rauchen, und selbst Sklavinnen sind nicht ausgeschlossen.“ Die Generäle jener Provinzen ziehen gewaltige Profite aus der Opiumsteuer und tun alles, um Herstellung und Verbrauch zu fördern.

Auf dem Hintergrund dieser Verhältnisse, die übrigens vor den Toren Nankings, in der Provinz Anhui, nicht anders sind, versteht man erst die wahre Bedeutung aller Monopolgerichte und -Erwägungen. Es handelt sich darum, ob der jetzige Zustand einer offiziellen Illegalität des Opiums und eines praktisch blühenden Geschäfts (wobei die Gewinner Schmuggler, Kneipenwirte und Provinzgeneräle sind) zu Gunsten eines staatlichen Monopols abgeändert werden kann, wobei der Nutznießer die Regierung wäre. Nach dem Eingeständnis Wang Ching-Weis verfügt Nanking nicht über hinreichend Autorität, um diese Reform zu erzwingen.

Die Autorität der Zentralregierung versagt sowohl gegenüber den Provinzmachthabern, die nicht gern auf ihre Opiumgeschäfte verzichten werden, als auch gegenüber Nankings eigenen Beamten, denen Wang offenbar nicht zutraut, ein von Korruption freies Monopolssystem aufzubauen.

Der Wunsch der Nankingregierung, einen Anteil am Opiumsegen zu haben, stößt übrigens auch auf die Opposition der chinesischen Anti-Opium-Gesellschaft. Sie erhebt die schwere Anklage gegen die Nankingregierung, durch Einführung des Monopols nicht den ersten Schritt zur Unterdrückung des Opiums getan zu haben, sondern im Gegenteil, es endgültig und für immer legalisiert zu haben.

Wie weit dieser Verdacht berechtigt ist, mag man daraus ersen, daß nach einer kürzlich bekannt gewordenen Ausrüstung des Kriegsministers der Kampf Nankings gegen „Räuber und Kommunisten“ monatlich 30 Millionen Silberdollar kostet, wobei die Regierung nur die Hälfte dieser Summe aufbringen kann. Ein Opiummonopol würde den Generälen Geld geben, ihr Handwerk beliebig lange fortsetzen zu können. Die schrittweise Einschränkung des Mohnabbaus würde dann ebenso in eine unbestimmte Zukunft verlegt werden, wie das in einigen Provinzen bereits der Fall ist.

# Proleten-Elend in Berlin.

A. D. Es gib' kaum ein Fremdwort, das im Berliner Süd-Osten so populär ist wie das: Exmission. In ihm liegt inbegriffen die Not und das Elend tausender Proletariatsfamilien.

„Warum solltet ihr exmittiert werden?“ frage ich.  
 „Wir ham drei Monate keene Miets bezahlt!“  
 „Warum nich?“  
 „Na wovon soll'n wirn die bezahln, wenn der Erich nisch verdient? Solange er Arbeit hatte, ging et; aber die Unterstützung reicht kaum für's Essen. Wir kriegen 14,85 für uns beide und den Jungen und sollen 21,50 für Miets zahlen. Ooch die Möbel müssen wir noch abbezahlen. Aber so geht et den meisten hier.“

„Vorhin hast Du gesagt, Ihr habt Euch nicht rauschmeißen lassen. Wie ist das möglich gewesen?“  
 „Janz einfach! Als ich vaklacht wurde uff Räumung der Wohnung, blieb ick erst mal noch so lange drin, bis sich der Gerichtsvollzieher meldete, der die Möbel weg-schaffen wollte. Mit seiner Anmeldung jing ick zu Bekannten hier aus der Jejeud. Eh der Gerichtsvollzieher kam, waren zwanzig Mann bei mir und im Hausflur, und uff die Straße war'n noch 'ne ganze Menge. Die Möbelleute konnten die Möbel jarnich anfassen, weil so velle Leute davorstanden. Ooch die Pollezei konnte nisch machen, weil die Leute sonst nisch machen. Der Gerichtsvollzieher telefonierte mit'n Verwalter und schließlich krichten wir 14 Tage Aufschub. Det liefen wir uns schriftlich jehm und jingen damit zum Wohnungsamt und zur Wohlfahrt. Die Wohlfahrt mußte uns nümlich'n Jarantieschein vor de Miets jehm, denn ohne den hätt'n wa überhaupt keene neue Wohnung jekricht. Jewöhnlich kricht man bloß vor'n Monat Jarantie, aber ooch damit hätt'n wa noch keene Wohnung jekricht; wir brauch'n ne Jarantie vor die Dauer der Arbeitslosigkeit. Endlich jahm se ihm die, als er sich einverstanden aklärte, det die Miets gleich von die Unterstützung abgezogen werden könnte. Und denn krichten wa ooch ne neue Wohnung!“

So kämpft der Berliner Prolet um seine Wohnung. Nicht immer gelingt es ihm, sich vor dem Schicksal zu retten, im Hausflur kampieren oder Lagergeld bezahlen zu müssen. Wie mir ein anderer Bekannter berichtete, besteht die Gegenwehr der Mieter in ihrer Gegend im verstärkten Maße seit ungefähr vier Monaten. Acht Fälle sind ihm bekannt, wo das Auf-die-Straße-setzen in der geschilderten Weise verhindert werden konnte. Die Zahl der Exmittierten ist viel größer; denn Gegenwehr erfolgt ja selbstverständlich nur bei den den Nachbarn bekanntgegebenen geplanten Exmissionen. Viele scheuen aber noch davor zurück, ihr Schicksal ändern mitzuteilen. Die Gerichtsvollzieher arbeiten dauernd in Wohnungssachen.

2.  
 Aehnlich schwer wie die Wohnungssorge drückt den arbeitslosen Proleten die Sorge, wie er die Ratenzahlungen für die auf Kredit gekauften Sachen aufbringen soll. Der Möbelkauf „auf Stottern“ ist für die meisten Arbeiter heute der einzige Weg, zu einem eigenen Hausstand zu kommen. Aber wie die Abzahlungen leisten, wenn man kein Einkommen hat? Die Gerichte arbeiten, um auf scheidrichterlichem Wege eine Ratensenkung zu erreichen. Oft aber besteht auf Grund des Vertrages nicht die juristische Möglichkeit dazu, oder wo sie besteht — durch die Vertragsklausel, daß bei Arbeitslosigkeit oder ähnlichen Sonderfällen die Rate neu vereinbart wird —, fehlt vor der Hand die wirtschaftliche Möglichkeit, überhaupt etwas zu zahlen. In beiden Fällen hat der Geschäftsmann juristisch das Recht, die betreffenden schon zum Teil bezahlten Sachen einzuziehen. Das geschieht oft, selbst wenn nur noch eine

kleine Restsumme, die zur Zeit nicht bezahlt werden kann, aussteht. Dadurch ist ein großer Haß gegen diese Geschäftsleute entstanden — ein Haß, der auf der Meinung beruht, daß eine gewisse Sorte dieser Geschäftsleute planmäßig die Notlage des Proleten ausnutzt, um sich zu bereichern. „Lieber mach ick aus die Möbel Kleenholz als det ick se dem wieda zurückjeb.“

3.  
 Dieser erbitterte Kampf um die primitivsten Lebensgüter erzeugt eine Stimmung der Verbitterung gegen alles, was im Namen des Gesetzes auftritt, gegen alles, was Behörden, Polizei oder sonstige Staatsorgane fordern. Ja, diese Stimmung greift so tief, daß sie oft selbst nicht das

Recht des eigenen Leidens- und Klassengenossen achtet — weil der gehetzte Mensch in jedem anderen seinen Feind erblickt. Hierin liegt eine große Gefahr im Kampf für das Recht der Arbeiterklasse. An Stelle eines organisierten wirtschaftlichen und politischen Kampfes der gesamten Klasse tritt ein Guerillakrieg der einzelnen Arbeiter gegen die Machtorgane der herrschenden Klasse und zum Teil gegeneinander — ein Krieg, der für die ganze Klasse erfolglos ist. Denn er zerstört allzu leicht die Solidarität der Klassengenossen und bessert das Los der gesamten Klasse, d. h. alle Klassengenossen doch nicht. Andererseits sollte diese Verbitterung und diese aktive Notwehr ein Zeichen für die Führer der Arbeiterbewegung sein, die hier wirkenden Kräfte zu organisieren und planmäßig zum Kampfe zu leiten. Zum Teil versucht es die KP — wie z. B. in der Wohnungsfrage —, aber die SP und die Gewerkschaften verhalten sich passiv in diesem unmittelbaren Abwehrkampf der Arbeiter.

## Wirkungen der Verelendung.

Gr. Hp. Es ist Mittagszeit. An meiner Wohnungstür klingelt es. Vor mir steht ein großgewachsener Mann, etwa 45 Jahre alt, ordentlich angezogen, mit einem Koffer in der Hand. Er sagt etwas. Ich verstehe nur, daß er mir etwas verkaufen will. Ein Hausierer? Wie all die anderen, die täglich bei mir anfragen? Er will wiederholen, weil ich nicht verstand, was er verkaufen will; er bricht in Tränen aus und stottert von einer fünfköpfigen Familie, einem alten Vater und 4 Mark Verdienst für die ganze Woche. Ganz gegen meine Gewohnheit bin ich nicht imstande, ihn abzuweisen.

Er: „Ueberall wirft man mir die Tür vor der Nase zu und sagt: wir brauchen nichts! Denken Sie sich, ich komme aus dem Thüringer Wald und muß die ganze Woche treppauf, treppab laufen und habe 4 Mark die ganze Woche.“

Weinerlich fortfahrend: „Frau, kaufen Sie mir etwas ab, und wenn es nur ein Handtuch ist.“

Ich kämpfte mit mir; ich besaß nur noch ein Markstück und kriegte vor morgen kein Geld. Doch war ich selber

gestern mit dem „Funken“ treppauf, treppab gelaufen und wußte, wie es tut, wenn einem, kaum angehört, die Tür vor der Nase zugeschlagen wird. Dieser Mann mußte auf diese Weise den Lebensunterhalt für seine Familie verdienen!

Der Mann vor der Tür, deutet mein Zögern als Interesse für seine Sachen, er fällt vor mir auf die Kniee und nennt unter ständigem Schluchzen seine Preise. Ich kaufe ein Tuch.

Wie oft wird dieser arme Teufel sein Stück vor den Wohnungen wiederholen? Wohin ist es mit der Würde des Menschen gekommen?

Unwillkürlich werde ich an das erinnert, was neulich wieder einmal in der „Roten Fahne“ zu lesen war, daß nämlich die vom Kapitalismus verursachte Verelendung der Massen den Prozeß der Entfaltung der revolutionären Kräfte beschleunigen müsse. „Entfalten, beschleunigen?“ Wirklich? — Oder auf die Kniee zwingen?

Vor dieser Möglichkeit macht man in den Redaktionsstuben „revolutionärer“ Zeitungen immer noch die Augen zu.

## Protestkundgebung der KPD.

E. Ir. Berlin, 14. September 1932.

Rund 7000 Arbeiter waren zu der Protestkundgebung der KP in der „Neuen Welt“ erschienen, um gegen die Notverordnung zu protestieren. Als Vertreter des ZK und der Reichstagsfraktion sprach Jonny Scheer, dessen Referat den ganzen Abend füllte.

In einer breit angelegten marxistischen Analyse der Lage wurde die Verschärfung der Klassengegensätze festgestellt, die zu einer Beschleunigung der roten Einheitsfront führen werde. Scharf wurden die Aufrüstungspläne Schleichers kritisiert und die alte Kampffarole: „diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ neu aufgestellt.

„Gegen den neuen Lohnraub muß jetzt eine Welle von offensiven Kämpfen überall ausbrechen, jeder einzelne Betrieb muß sich wehren. Hier werden die Arbeiter gemeinsam beraten, sie werden sich ihre eigene Kampfleitung wählen, sie werden gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind kämpfen.“ Es gilt, Kämpfe auszulösen und sie zum Ziele zu führen, um danach die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Wie diese Parolen im einzelnen durchgeführt werden sollen, darüber wurde nicht gesprochen; dafür wurde der Verrat der SP-Führer am 20. Juni angeprangert und in demagogischer Weise das Umbauprogramm des ADGB als „faschistisch“ gebrandmarkt, weil Nazis gesagt haben, daß man ihm größte Beachtung schenken sollte. — Kein Wunder, daß kein sozialistischer oder ADGB-Arbeiter in der Diskussion sprach, obwohl man feierlich versicherte, ihm die Bruderhand zum Kampf reichen zu wollen.

Mit einer Resolution gegen das 45. Verbot der „Roten Fahne“ und dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ wurde die durch den guten Besuch eindrucksvoll wirkende Versammlung geschlossen.

## Armut und Kinderlähmung.

In mehreren Fällen von spinaler Kinderlähmung im Kreise Waldenburg (Schlesien) wurde die Krankheit sehr spät erkannt: die Eltern hatten bei den ersten Anzeichen noch keinen Arzt hinzugezogen, weil sie die 50 Pf. für den Krankenschein nicht aufbringen konnten. Nun geben die Gemeinden bekannt, daß Armen der Arzt in derartigen Fällen kostenlos gestellt werde. Im Kreise Waldenburg sind neuerdings auch schwere Diphtheriefälle aufgetreten.

Das Reichsgesundheitsamt teilt die Zahl der aus dem ganzen Reich gemeldeten Fälle von spinaler Kinderlähmung in der Woche vom 28. August bis 3. September mit. Danach beträgt die Zahl der Erkrankungen 228, die Zahl der Sterbefälle 16, während in der Vorwoche (21. bis 27. August) 162 Erkrankungen und 17 Todesfälle gemeldet worden sind. Dies bedeutet ein bemerkenswertes Anwachsen der Erkrankungen. In diesem Jahr sind bis zum 20. August einschließlich insgesamt 867 Erkrankungen und 75 Sterbefälle dieser Krankheit zu verzeichnen.

Die Geltungsdauer für Sommerurlaubskarten ist von der Reichsbahn bis zum 31. Oktober verlängert worden (bisher galten sie nur bis zum 15. Oktober).

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

83)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Die an Befehle gewohnten Jäger bleiben stramm stehen. Nur die fremden Soldaten, die während der Rede am Tor gestanden haben, kommen über den Hof und drängen sich in losen Gruppen an die angetretene Formation.

„Es lebe der Friede!“ wiederholt Wels  
 „Friede!“ hallt es jetzt zurück.  
 „Hoch der freie Volksstaat!“  
 „Hoch!“ fallen die Jäger ein.

Wels hat gewonnen. Die Jäger lösen sich aus ihrer starren Formierung; sie umdrängen den Wagen und helfen ihm herunter. Die Offiziere, die schweigend zugehört haben, ziehen sich zurück. Eine Soldaten-Abordnung erklärt, daß das Bataillon sich der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stellt.

Und Wels ist nicht nur Volksredner, er ist auch ein Organisator.

Kurze Zeit später marschiert er an der Spitze einer Abteilung von 60 Jägern aus der Alexanderkaserne nach der Lindenstraße ab und stellt das Vorwärtsgebäude unter den Schutz der von einem Feldwebel befehligten 60 Mann.

„Dieses sinnlose Warten!“ stöhnt der Kanzler.  
 Bei ihm sind Dr. Simons, Wahnschaffe und v. Prittwitz.  
 „Und es muß ja doch kommen. Wäre die Abdankung gestern herausgekommen, hätten wir die Monarchie noch retten können!“

„Ich habe mit Herrn v. Hirtze gesprochen!“  
 „Vorher hat Graf Schulenburg angerufen!“  
 „Auch General Groener war am Telefon!“

„Alle sagen dasselbe. Die Entscheidung steht bevor, der Kaiser gehe bestimmt. Wir sollen uns nur noch etwas gedulden.“

„Das hören wir nun schon seit drei Tagen!“ Gebeugt sitzt der Kanzler am Schreibtisch. Sein Gesicht ist verfallen

von der kaum überstandenen Krankheit und von den Aufregungen der letzten Tage.

„Geheimrat v. Schlieben, meldet der Diener.  
 Geheimrat v. Schlieben aus dem Ministerium des Innern überbringt die dort eingelaufene Meldung, nach der große Arbeitermassen sich vom Norden her der inneren Stadt nähern. „Es wird nun alles darauf ankommen, ob es den Polizeimannschaften und den Truppen gelingt, dem Anstrum standzuhalten!“

„Eine außerordentlich ernste Lage. Nach dem Polizeibericht haben die Aufständischen die Maikäferkaserne angegriffen. Es ist dabei auch schon Blut geflossen.“

„Ist der Bericht nach Spa durchgegeben?“  
 „Ich erwarte eben die Verbindung, Hoheit!“

Wahnschaffe steht auf, mit v. Prittwitz und v. Schlieben geht er ins Vorzimmer. Dr. Simons bleibt bei dem Kanzler.  
 „Ihr Gedanke von gestern ist richtig, Doktor. Ebert ist in dieser Situation der einzig mögliche Kanzler. Aber vom abdankenden Kaiser muß er ernannt werden, dann besteht noch eine schmale Hoffnung für die Monarchie.“

„Es muß uns gelingen, die revolutionären Energien in die legalen Bahnen eines Wahlkampfes abzulenken...“  
 „Aber die Abdankung muß ich dazu haben!“

„Sie kann jeden Moment eintreffen. Die Nachrichten aus Spa werden schon bestimmt.“

Der Kanzler nimmt die Proklamation zur Hand, die er vorher mit Dr. Solf durchgesehen hat. Inzwischen ist der Text, der die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen bekanntgibt, den Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler vorschlägt und Wahlen für die Nationalversammlung ankündigt, dem Justizminister und Justizamt zur Begutachtung vorgelegt worden. Jetzt geht der Prinz noch einmal mit Dr. Simons Satz für Satz diese Urkunde durch und bespricht einzelne formelle Änderungen.

Draußen arbeitet unaufhörlich das Telefon.  
 Die aus dem Reich einlaufenden telegraphischen Nachrichten werden zur Kenntnis genommen und an die zuständigen Ressorts weitergeleitet. Die telephonischen Meldungen des Polizeipräsidiums dagegen, des Kriegsministeriums und des Oberkommandos, die ein Bild der Lage in Berlin er-

geben, werden sofort durch das ganze Haus und weiter durch die Ministerien der Wilhelmstraße kolportiert.

Die Arbeiter marschieren — nicht nur im Norden, sondern in allen Bezirken. Nach einem bestimmten Plan bewegen sie sich von der Peripherie her konzentrisch auf die innere Stadt zu. Aber hier steht der Ring treuer Truppen. Die Sprebrücken, die Uebergänge des Landwehrkanals sind durch starke Polizei- und Militäraufgebote abgeriegelt. Dahinter liegt die Innenstadt mit dem Regierungsviertel wie auf einer sicheren Insel.

Die Herren der Reichskanzlei sind noch zuversichtlich. Das Jägerbataillon, die Dragoneraufgebote, die Panzerkraftwagen werden den Anstrum abfangen und die Massen aufhalten, bis die Abdankung des Kaisers da ist! Bis der Prinz dem Volke als seinen Nachfolger den Abgeordneten Ebert präsentieren kann und die Sozialdemokraten auf Grund dieser Zugeständnisse in der Lage sein werden, die Massen wieder nach Hause zu schicken.

Auch der Kriegsminister ist noch zuversichtlich. Das Beispiel der Maikäfer sei nicht typisch. Die Maikäfer galten vorher schon als unzuverlässig.

Aber jetzt fährt ein feldgraues Auto durch die Leipziger Straße und hält vor dem Kriegsministerium. Ein langer Oberleutnant springt heraus. Ohne sich aufzuhalten, ohne lange Anmeldung stürmt er die Treppen hinauf und wird auf sein dringendes Ersuchen hin sofort beim Kriegsminister vorgelassen. Der Offizier kommt aus der Alexanderkaserne und vom Schloß, von wo er die Panzerkraftwagen zu Hilfe holen sollte.

Er klappt die Hacken zusammen und meldet:  
 „Das Jägerbataillon Nr. 4 in der Alexanderkaserne ist abgefallen! Die Panzerkraftwagen vor dem Schloß weigern sich, gegen die Aufständischen vorzugehen!“

Zwei betäubende Schläge. Der Kriegsminister steht aufrecht hinter dem Schreibtisch; sein Gesicht verliert jeden Ausdruck, selbst die steile Falte zwischen den Augen ist weggewischt. Er starrt den Ueberbringer der Nachricht an, — Oberleutnant v. Etdorf, kein Zweifel!

Der Kriegsminister geht ans Telefon:  
 „Reichskanzlei. Seine Hoheit, den Herrn Reichskanzler persönlich“, verlangt er. (Fortsetzung folgt.)

# Die christliche Regierung in der Beleuchtung durch christliche Arbeiter.

Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat folgende Erklärung beschlossen:

Ohne zu dem Streit um die verfassungsrechtliche Bedeutung der letzten Beschlüsse des Reichstages Stellung zu nehmen, unterstreichen wir mit Nachdruck das Abstimmungsresultat,

weil in ihm mit aller Deutlichkeit die Verurteilung der volksfeindlichen Notverordnungs- und Reichsregierung sichtbar geworden ist.

Wir haben die gegenwärtige Regierung von Anbeginn immer wieder gewarnt, sich in ihren wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen von einem einseitigen Kastengeist leiten zu lassen und die Volksrechte zu mißachten. Gerade die letzten Notverordnungen sind aber in einer besonders krassen Weise auf die Bevorzugung einer an Zahl geringen Bevölkerungsschicht abgestellt. Eine Reichsregierung, die mit besonderer Betonung den Klassenkampf ablehnt und sich zu christlichen Grundsätzen bekennt, fördert in Wirklichkeit die Kluft zwischen den Be-

## Trotz 57-Stundenwoche neue Entlassungen.

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband hat erneut an die deutsche Regierung eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß trotz der inzwischen erschienenen Notverordnung bis zum 1. Oktober weitere Entlassungen stattfinden sollen. Verhandlungen hätten lediglich die Mitteilung ergeben, daß mit der Möglichkeit gerechnet werden könne, aus dem Ertrage der Verkehrssteueranrechnungsscheine der Reichsbahn vom 1. Oktober ab etwa 15 bis 20 000 Arbeitskräfte vorübergehend zu beschäftigen, jedoch nur auf die Dauer von ein bis zwei Monaten.

Die weitere Durchführung des Abbauprogramms der Reichsbahn von 52 000 Arbeitern ist umso unerhörter, als noch immer 62 Prozent der Belegschaft bei der Reichsbahn 54 bis 57 Stunden wöchentlich arbeiten.

**6stündige Arbeitszeit beim Michel-Konzern.** Der Michel-Braunkohlen-Konzern hat beschlossen, zur Ermöglichung der Neueinstellung von mehreren Hundert Arbeitern die 6stündige Arbeitszeit in seinen Betrieben einzuführen. Eine Senkung der Tariflöhne findet nicht statt.

Den zur Zeit geltenden Reichstarifvertrag für die Angestellten der privaten Versicherungsunternehmen ist bis zum 31. März 1933 verlängert worden.

## Berliner Stadtparlament gegen Lohnabbau.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag wurde eine Magistratsvorlage angenommen, in der 4 323 300 Mark für Notstandsarbeiten auf dem Gebiet der Stadtentwässerung gefordert waren.

Mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nazis wurde neben der Vorlage folgender kommunistischer Antrag angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, daß für die beschäftigten Arbeiter und Angestellten, kein Lohn- und Gehaltsabbau, wie sie die Papien-Notverordnung vorsieht, erfolgen darf. Nur solche Firmen erhalten städtische Aufträge, die die alten Löhne und Gehälter zahlen und keinen Lohn- und Gehaltsabbau vornehmen.“

Die zehn Wirtschaftsparteiler der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind aus der Wirtschaftspartei ausgetreten. Sie nennen sich jetzt: „Fraktion der Bürgerlichen Vereinigung.“

## Vorstandssitzung des IGB.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der am Donnerstag in Berlin zusammentrat, beschäftigte sich neben einigen Schulungsfragen mit der Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Organisation in der Tschechoslowakei und in Japan. Ueber Japan wurde mitgeteilt, daß die Schaffung einer einheitlichen Landeszentrale unmittelbar bevorsteht. Und zwar handelt es sich um die Zusammenfassung der Gewerkschaften, die gegen die imperialistische und faschistische Politik Japans kämpfen. In einer Sympathieerklärung begrüßt der IGB die dortigen freigewerkschaftlichen Genossen und sagt ihnen Unterstützung zu.

Den 2000 streikenden Textilarbeitern in Hiratsuka, die für die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts und gegen einen Lohnabbau kämpfen, wurde zur Stärkung der Solidarität eine finanzielle Unterstützung bewilligt.

## Nicht Standes- sondern Klassenkampf.

Der schleswig-holsteinische Land- und Bauernbund hat die vor einigen Tagen gemeldeten Zusammenstöße bei der Hofversteigerung in Kellinghusen zum Anlaß genommen, einen erneuten Hilferuf für die schleswig-holsteinische Bauernschaft an die Regierung zu richten. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß die Bauern sicher eher ein Anrecht auf Unterstützung haben als die in der Regel unterstützten Großgrundbesitzer. Immerhin machen sich aber auch die Bauern nicht annähernd ein richtiges Bild von der Not der städtischen Erwerbslosen, von denen zahlreiche Familien längst um Wohnung und Hausrat gekommen sind. Es hat keinen Sinn, daß jeder Stand gesondert seine Forderungen erhebt. Erst wenn alle Ausgebeuteten sich zum gemeinsamen Kampf um ihr Recht zusammenschließen, bekommt dieser Kampf Wert und außerdem erst Aussicht auf Erfolg.

Der Rest der Deutschen Volkspartei unterstützt, wie sein Führer Dingeldey am Donnerstag in einer Berliner Vertrauensmännerversammlung ausführte, die Regierung Papien.

Die neue Verhandlung des Berliner Felsenbeck-Prozesses beginnt am 19. Oktober, und zwar vor dem Schwurgericht beim Landgericht III.

Die Reichsbahngesellschaft gewährt vom 15. September bis 31. Dezember 1932 für den Stückgutversand von frischen Äpfeln, Birnen, Pflaumen (Zwetschen) einen Frachtnachlaß, der in den hauptsächlich für diesen Versand in Frage kommenden Entfernungen und Gewichtsmengen ungefähr 30 Prozent beträgt.

völkerungsgruppen, indem sie einer bevorzugten Schicht Liebesgaben gewährt, und auf der anderen Seite einer durch Steuern, Lasten und Lohnabbau bereits ausgesogenen Arbeiterschaft neue Opfer zumutet. . . .

Gegenüber einer Reichsregierung, die ohne Verbindung mit dem Volke

# „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit.“

—t. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung sieht bekanntlich vor, daß die Neueinstellung von Arbeitnehmern prämiert wird durch Tariflohnsenkungen und durch Einstellungsprämien.

Am 15. September ist eine Durchführungsverordnung veröffentlicht worden, die den bisherigen Plan für Tariflohnsenkungen in wesentlichen Punkten korrigiert. In § 4 dieser Verordnung heißt es: „Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt mehr als vierzig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist im Falle einer Verringerung der Arbeitszeit von einer erhöhten Bemessungsgrundlage auszugehen. Die Erhöhung berechnet sich nach dem Verhältnis der eingetretenen Verringerung der Wochenarbeitsstunden zur Zahl der jeweiligen Wochenarbeitsstunden. Dabei bleibt ein Herabgehen unter vierzig Wochenarbeitsstunden außer Betracht.“

Auf deutsch: Die Vermehrung der Arbeitnehmerzahl, die nur durch Verkürzung der Arbeitszeit bis auf Vierzigwochenstunden erzielt wird, soll bei Berechnung der Tariflohnkürzung nicht angerechnet werden. Arbeitgeber, die bisher ihre Belegschaft 48 Stunden arbeiten ließen, erhalten also keine Prämie dafür, daß sie bisher rücksichtslos Arbeiter auf die Straße setzten, statt Kurzarbeit machen zu lassen.

selbsterhellend die sozialen Verhältnisse zu gestalten versucht, bekennen wir uns erneut zu einer Politik der Volksrechte und der gesunden Selbstverwaltung; Kastengeist und Bürokratie müssen die Glieder des deutschen Volkes auseinander regieren, statt unser Volk für seine großen nationalen Aufgaben zu einen.

Vom bloßen Agitationsstandpunkt aus könnte man der Regierung beinahe dankbar sein, wie sehr sie hier auch unseren christlichen Klassengenossen zeigt, daß im Ernstfall nicht das Christentum, sondern das Sonderinteresse einer kleinen Schicht die herrschende Klasse leitet. — Leider ist dieser Anschauungsunterricht sehr teuer!

Ferner wird durch diese Regelung vermieden, daß der Arbeitsverdienst der bereits beschäftigten Arbeiter gleichzeitig aus zwei Gründen gekürzt wird, nämlich zum Beispiel wegen Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden um 16% Prozent und außerdem wegen Neueinstellung von Arbeitern um einen Satz bis zu 12 1/2 Prozent.

Andererseits dürfen die Arbeitgeber nach § 5 der neuen Verordnung die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um ein Drittel erhöht anrechnen, wenn sie bisher weniger als 36 Stunden wöchentlich arbeiten ließen, um zwei Drittel erhöht, wenn sie weniger als 30 Stunden, um 100 Prozent erhöht, wenn sie weniger als 24 Stunden wöchentlich arbeiten ließen. Solche Arbeitgeber, die bisher die Arbeit gestreckt haben, sollen also durch Tariflohnkürzungen prämiert werden. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, wenn es nicht auf Kosten der verkürzt arbeitenden Arbeiter ginge, deren bereits geringer Wochenverdienst nun besonders stark geschmälert wird.

Bei Verteilung der Steuergutscheine für Neueinstellung von Arbeitern soll nicht auf die bisherige Arbeitszeit Rücksicht genommen werden. In bezug auf die Steuergutscheine bleibt unser alter Vorwurf voll bestehen, daß der brutalste und rücksichtsloseste Arbeitgeber die höchste Prämie erhält.

## Der Tod im Beruf.

In den mechanischen Werkstätten der Continental Gummi-Werke A.-G., Hannover, zerknallte am Mittwoch aus noch nicht ermittelter Ursache eine Acetylenflasche. Das Dach der umfangreichen Werkstätte wurde in die Luft geschleudert, die Fenster flogen aus den Rahmen heraus, und am Mauerwerk wurde großer Schaden verursacht. Eine Anzahl Arbeiter wurde durch herabstürzende Ziegel verletzt, doch ist keiner in Lebensgefahr.

Der Arbeiter Küster wurde bei einer Kesselexplosion getötet auf der Zeche „Königin Elisabeth“ in Essen-Brillenkamp am Donnerstag. Zwei andere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Am Donnerstag stürzte der 49jährige Bauarbeiter Paul Bansen aus Charlottenburg, der bei einem Garagenumbau beschäftigt war, von der Leiter. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Die Bürgersteuer für 1932 wird von allen Gemeinden erhoben, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Montag, 19. September, 20 Uhr, in den Casino-Festsälen, Pappelallee 15. Thema: „Arbeiterregierung statt Regierung der Barone.“ Redner: Maria Hodann.

**Braunschweig:** Mittwoch, 21. September, 20.15 Uhr, im Gasthof „Niedersachsen“, Ecke Südkint-Güldenstraße. Thema: „Der neueste Streich der Papien-Regierung! Wo bleibt die Abwehr der Arbeiterklasse?“

Freie Aussprache! Eintritt frei!

## Deutsche Friedensgesellschaft / Ortsgruppe Berlin

Freitag, den 16. September, 20 Uhr, Klems Festsäle, Hasenheide 13/15. Tagesordnung: 1. Referat Hubert Frank über „Umbau der Reichswehr — Umbau der Reichspolitik“. 2. Anträge zum Bundestag. 3. Wahl der Delegierten zum Bundestag. 4. Verschiedenes.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5009 Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine) garantiert reine Nuß-Fette  
Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.  
Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.  
Friskost-Reformhaus  
**Ernst Held, Magdeburg**  
Otto v. Guerickestraße 104.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

## Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen G. Funke

Elektrotechniker  
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

## Die neuen Stoffmusterkollektionen

für Herbst und Winter sind eingetroffen.  
Bestellen Sie schon jetzt!  
Arbeit nach Maß! / Preis mit Maß!  
**Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden**  
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. I.

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987  
Ab 16. Sept. Jacques Feyder:  
**Die neuen Herren**  
mit Albert Préjean.  
Vorführung der Aetherwellen-Musik.  
Anfangszeiten: 17. 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!  
**Unterstützt Eure Zeitung!**  
Wird Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Beworben bei Einkäufen unsere Inserenten!

**Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate**  
stellt schnell, sauber und billig bei  
**Oscar Wettig, Gelnhausen**

**Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke**  
**Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!**  
**Otto Pfothauer, Weimar, Röhrstr. 40.**

## Ghandi im Hungerstreik!

Der Hungerstreik Ghandis für die Rechte der Parias (Unberührbaren) ist ein neues Signal für die Kämpfe des indischen Volkes. Wer sind die Parias und warum werden gerade sie besonders unterdrückt?

Wer die Ursachen und den Weg der bisherigen Kämpfe kennen lernen will, der lese:

## Indien in der Zange.

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.  
Von Karl Hinkel.

Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 8.— M., Ganzl. 4.— M.

Aus den Presseurteilen:  
„Der Verlag „Öffentliches Leben“ hat sich durch dieses Buch ein Verdienst um die Kultur erworben. Es wäre sehr zu beklagen, wenn es in der Hochflut des Büchermarktes nicht die gebührende Beachtung fände.“ („Die Geistesfreiheit“ vom 1. P. 1932.)  
„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine verichtende! Diese müßte jedem Menschen die Augen öffnen über die Verfahrtheit der kapitalistischen Welt.“ („Das Andere Deutschland“ Nr. 16. 1932.)  
„Der Verfasser versteht es meisterhaft, die wirtschaftliche Not eines großen Volkes in klaren Strichen zu zeigen.“ („Gewerkschaft“ Nr. 22. 1932.)  
„Zum woblutenden Unterschied von der durch die Ghandi-Bewegung ausgelösten großen indischen Literatur, die sich vorwiegend mit den ethischen und politischen Seiten des Problems indischer Bevölkerung, setzt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen.“ („Internationale Gewerkschaftsbewegung“ Nr. 6. 1932.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.  
Postcheckkonto Berlin 518 42.

# Das Stenogramm bringt es an den Tag.

## Wie ging die Reichstagsauflösung vor sich?

Bekanntlich tobt der Streit in staatsrechtlicher Hinsicht um die Frage, ob der Reichstag aufgelöst worden ist, bevor das blamable Mißtrauen von 513 gegen 42 Stimmen abgegeben worden war. Die Stelle aus dem amtlichen Stenogramm der Reichstagsverhandlungen, die darüber eindeutig Auskunft gibt, drucken wir hier im folgenden ab:

„Präsident Göring: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Nachdem sich vorhin kein Widerspruch gegen die neue Tagesordnung geltend gemacht hat, kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Anträge Torglers. Wir stimmen ab. (Abgeordneter Torgler: „namentlich, Herr Präsident!“) Die Abstimmung ist namentlich. (Andauernde große Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe. Wer positiv für die Anträge Torgler abstimmt, gibt eine Karte mit Ja ab, wer dagegen stimmt, eine Karte mit Nein. Die Abstimmung hat begonnen. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten. — Andauernde große Bewegung im Hause. — Reichskanzler von Papen legt auf den Präsidententisch ein Schriftstück nieder und verläßt mit den Mitgliedern der Reichsregierung den Saal. — Rufe von den Kommunisten: „Nieder!“ — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Abstimmung durchführen, wir waren bereits in der Abstimmung. Ich muß zuerst die Abstimmung durchführen, bevor ich andere Maßnahmen treffen kann. (Große Unruhe und Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Damit kein Irrtum obwaltet: Ihre beiden Anträge Nr. 118 und 119, Herr Torgler, waren doch zur gemeinsamen Abstimmung gestellt? (Zustimmung.) Also wird gleichzeitig über das Mißtrauensvotum auf Nummer 44 mit abgestimmt. (Die Abgabe und Einsammlung der Stimmkarten erfolgt!)

Meine Herren, ich bitte, auch während der Abstimmung die Ruhe zu bewahren, damit die Abstimmung rasch durchgeführt werden kann. — Abgeordnete, die ihre Karte noch nicht abgegeben haben, bitte ich, das hier nachzuholen. Die Abstimmung ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren. Ich verkünde das Ergebnis der namentlichen Abstimmung. Es wurde abgestimmt über die verbundenen beiden Anträge, die Notverordnungen aufzuheben sowie dem Gesamtkabinet von Papen das Mißtrauen auszusprechen. —

Der stenographische Bericht verzeichnet dann die Mitteilung des Abstimmungsergebnisses sowie alle übrigen bereits gemeldeten Ausführungen des Präsidenten des Reichstags bis zu dessen Schließung. Aus einer Anlage ist in der üblichen Form die Stimmabgabe der einzelnen Abgeordneten verzeichnet.

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß der Reichstagspräsident sowohl die Ankündigung: „Wir stimmen ab“, als auch die Feststellung: „Die Abstimmung hat begonnen“ getroffen hatte, bevor von Papen das Papier mit der Auflösungsurkunde ihm übergeben hatte. Die Abstimmung hatte also der unaufgelöste Reichstag vorgenommen; das Resultat ist demnach auch staatsrechtlich bindend für die Papen-Gruppe — abgesehen davon, daß es menschlich sowieso bindend ist.

Aus dem Stenogramm geht nicht hervor, wann Herr von Papen sich zum Wort gemeldet hatte. Aber auf jeden Fall mußte er Göring erst ausreden lassen, bevor er das Wort erhielt, und Göring hat nichts weiter als seine begonnene Einleitung über die vorzunehmende Wahl zu Ende gesprochen. Also auch die Wortmeldung des Kanzlers wäre erst nach der Abstimmung zu befolgen gewesen. Aber vorher hatte Papen den Saal verlassen.

Gegen Papen und seine Regierung lassen sich also unserer Rechtsauffassung nach verfassungsrechtlich folgende Vorwürfe erheben:

1. Die Regierung hat ein Mißtrauensvotum erhalten und tritt nicht zurück. Vergleiche hierzu: Artikel 54 der Reichsverfassung:

„Der Reichskanzler und der Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags. Jeder

von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.“

2. Ganz gleich, wann Herr von Papen seine rote Mappe entleeren wollte, und wann er das getan hat — der Reichstag ist zweimal aus dem gleichen Grunde aufgelöst worden, nämlich deswegen, weil er sich nicht in Übereinstimmung mit den Plänen der Reichsregierung und des Reichspräsidenten befand. Vergleiche hierzu: Artikel 25, Absatz 1 der Reichsverfassung:

„Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß.“

3. Der auf Grund des Artikels 35 gebildete sogenannte Ueberwachungsausschuß hat einige Minister eingeladen, zu den Sitzungen dieses Ausschusses zu erscheinen; sie haben dies abgelehnt. Vergleiche hierzu: Artikel 33, Absatz 1 der Reichsverfassung:

„Der Reichstag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit des Reichskanzlers und jedes Reichsministers verlangen.“

Der neue Polizeipräsident in Berlin, Herr Melcher, hat die Praxis ausgebildet, jeden zu belangen,

der an der Tatsache Kritik zu üben wagt, daß die Handlungen der Regierung jedenfalls nicht durchsichtig mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen sind, der also die Regierung des Verfassungsbruches für schuldig hält. Damit dies endlich geklärt wird, könnten die Abgeordneten, die unserer Auffassung sind, jedenfalls im nächsten Reichstag sich an den Artikel 59 der Reichsverfassung halten und die ihrer Meinung nach schuldigen Minister vor dem Staatsgerichtshof verklagen. Artikel 59 lautet:

„Der Reichstag ist berechtigt, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzuklagen, daß sie schuldhafter Weise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens hundert Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit. Das Nähere regelt das Reichsgesetz über den Staatsgerichtshof.“

## Woher Göring Wind bekam.

In einer Rede im Berliner Sportpalast am Donnerstag sagte Göring u. a.: er sei durch Witze, die in der Umgebung der Regierung über das Schicksal des Reichstages gemacht worden seien, zu der Erkenntnis gekommen, daß man den festen Entschluß gehabt habe, es nicht zur — Abstimmung kommen zu lassen.

# Dr. Melcher, Schwergewichtsmeister gegen KPD.

Die Begründungen des Berliner Polizeipräsidenten für seine Zeitungsverbote — soweit er solche Begründungen überhaupt mitteilt — zeigen ihn nicht als einen Menschen, der der Kunst des Lesens in besonders hohem Maße kundig ist: wir haben mehrfach an Hand solcher Begründungen des Herrn Melcher gezeigt, daß er es nicht verstanden hatte, die verbotene Zeitung vorher zu lesen, d. h. exakt festzustellen, was in dem beanstandeten Artikel behauptet wird und was darin nicht behauptet wird. Eben hat er, im Falle des Verbots der „BVZ“ eine solche Pleite auch öffentlich eingestehen müssen.

Vom gleichen Tage an werden seine Leistungen amtlich in Zentnern gemessen. Die Meldung vom Donnerstag registriert:

50 Zentner Papier,

vom Polizeipräsidenten etikettiert als „Zersetzungsschriften hochverräterischen Inhalts“, beschlagnahmt in der neulich aus-

gehobenen illegalen Druckerei. „Das Material ist so umfangreich“ — so versichert Herr Melcher — „daß die Prüfung mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.“

Vor einigen Tagen bei der nächtlichen Razzia im Reichstagsgebäude wurde unter dem Verdacht des hochverräterischen Inhalts ein Buch erbeutet, das inzwischen dem Abgeordneten Torgler zurückgegeben worden ist. Es hieß:

Tafelbuch für Gleiskrümmungen. Von Karl Hermann Müller, Präsidenten bei der Preussisch-Hessischen Staatseisenbahn 1917.

## Das Verbot der „Berliner Volkszeitung“

ist vom Berliner Polizeipräsidenten, der also eine Entscheidung höherer Instanz nicht erst abgewartet hat, am Donnerstag wieder aufgehoben worden.

## Mord nach dem Skat.

Am Dienstag wurde bei Potsdam ein Arbeiter mit einem Brustschuß aufgefunden, und ins Krankenhaus gebracht, wo er in der Nacht starb. Der „Angriff“ schob diesen Mord sofort den Kommunisten in die Schuhe. Die Täter sind jetzt ermittelt. Wir geben die Meldung der Telegraphen-Union vollständig wieder; denn sie ist ein Zeuge, der nicht besonders geneigt ist, Kommunisten zu entlasten. Es handelt sich offenbar um einen unpolitischen Streit.

Potsdam, 15. September. Die Kriminalpolizei hat im Zusammenhang mit der Erschießung des Arbeiters Meißner in Bornim bei Potsdam zwei Kommunisten, den Zimmermann Schneemann und den Arbeiter Buchholz, verhaftet. Schneemann und Buchholz waren die ersten, die die Polizei auf den Schwerverletzten am Bornstedter Feld aufmerksam machten. Wegen ihrer widersprechenden Angaben nahm die Polizei diese beiden Leute ins Verhör, und Schneemann gab schließlich zu, selbst den tödlichen Schuß abgegeben zu haben. Nach den Angaben der Verhafteten soll es sich dabei um einen unglücklichen Zufall gehandelt haben. Die Polizei prüft jetzt die Vorgänge nach, die sich zwischen den drei jungen Leuten, die vor dem Todeschuss in einer Laube beim Skatenspiel zusammensaßen, abgepielt haben. Ob Meißner seine Absicht, von den Kom-

munisten zur NSDAP überzutreten, bereits ausgeführt hatte, steht nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung noch nicht einwandfrei fest.

## Der Reichsparteivorstand des Zentrums

tagte am Donnerstag in Berlin. Es sprachen vor allem Kaas, der trotz seiner Krankheit erschienen war, Joos und — über das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung — Desauer.

Kaas formuliert noch einmal, was

der Sinn der Koalitionsbemühungen des Zentrums

gewesen sei: „einer autoritären Staatsführung aus der Volksvertretung heraus selbst eine arbeitsbereite Mehrheit zu bilden“. Es handelte sich also keineswegs um einen frontalen Angriff gegen die Regierung Papen-Schleicher. Auch Joos betonte, daß das Zentrum nicht für ein „einseitiges Parteilokabinet“, sondern für „eine starke Staatsführung“ sei. Aber über Papen sprach man scharf.

Für den Wahlkampf hat sich das Zentrum noch nicht festgelegt; die Fronten dieses Kampfes seien noch nicht endgültig formiert, sagte Kaas; deswegen könne man jetzt noch keine abschließende Parole für diesen Kampf ausgeben.

## „Jagd ohne Hund“.

H. Lt. Darüber stand vor kurzem in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein langer Artikel. Die „Öffentlichkeit“ hat, so meinte der Verfasser, „soweit sie am Tierschutz und der richtigen wirtschaftlichen Verwertung des jagdbaren Wildes Interesse hat, allen Grund, sich für die Aenderung dieser Jagdmethode einzusetzen“. Selbst der beste Jäger würde nicht immer sofort das Wild durch einen tödlichen Schuß zur Strecke bringen. Dann würde das angeschossene Tier unter Qualen im Dickicht verenden, wenn nicht der Hund es aufspürte und dem Jäger ermöglichte, dem Tier den Gnadenstoß zu geben. Deshalb sei es Aufgabe der Tierschutzvereine, ein Gesetz zu fordern, das die immer mehr um sich greifende Mode, ohne Hund auf die Jagd zu gehen, verbietet.

Wir wollen dem Verfasser eine noch sicherere Methode verratzen, dem Wild unnötige Leiden zu ersparen, eine Methode, an die der „Tierschutz und richtige wirtschaftliche Verwertung“ Besorgte freilich nicht gedacht hat. Sie ist sehr einfach und heißt: Unterläßt den mörderischen Jagd-Sport! Und hieran hat die „Öffentlichkeit“ tatsächlich ein Interesse, insofern nämlich, als jeder Mensch an der Idee der Gerechtigkeit interessiert sein sollte. Die Idee der Gerechtigkeit fordert, den Vergnügungs-Mord an unschuldigen Wesen, Jagd genannt, zu bekämpfen.

## Der Esel in der Trebmühle.

Ein seltenes technisches Kulturdenkmal im Südharz.

„In unserer raschlebigen Zeit scheint mehr und mehr die Besinnlichkeit zu schwinden und damit vielerorts auch das Bestreben, alte Kulturgüter als der Väter Erbe so zu erhalten, wie es sich für die Nachfahren ziemen sollte. So ist in den letzten Jahrzehnten manches Natur- und Heimatdenkmal, das lebendige Erinnerungen an unsere Vorfahren und ihr Werk wachhalten sollte, der Vernichtung preisgegeben

worden. Den dankenswerten Bemühungen der Vereine für Heimatschutz und Naturdenkmalpflege ist es gelungen, noch viele Kulturdenkmäler vor der Zerstörung und dem Verfall zu bewahren. Ein seltenes technisches Kulturdenkmal befindet sich auf der Conradsburg im Südharz. Hier ist immer noch, wie vor Jahren, ein Esel damit beschäftigt, mittels eines Tretrades Wasser emporzuziehen. Das Tretrad ist 1,20 Meter breit und hat 4 Meter Durchmesser. Um aus dem 48 Meter tiefen Brunnenschacht einen Eimer Wasser zu fördern, braucht der Esel 8 Minuten. Der Tagesbedarf der Burg an Wasser erforderte eine dreistündige Arbeitszeit des Esels.“

Diese Notiz, zusammen mit der Ueberschrift, entnehmen wir einer gutbürgerlichen Zeitung, der „Eisenacher Tagespost“, die sie mit freudiger Zustimmung aus dem Buch „Technische Denkmäler“ (Verlag Bruckmann in München) nachdruckt. Dem Text ist ein Bild beigefügt: Ein kleiner Esel in einem großen Tretrad, der mittels eines großen Holzbottichs Wasser aus einem Brunnen zieht.

Was sich diese Menschen unter „Kultur“ vorstellen, geht deutlich hervor aus ihren zitierten Betrachtungen: Alte Sehenswürdigkeiten zu erhalten, ganz gleich, ob dabei die Rechte anderer verletzt werden oder nicht.

Wir schlagen den „Vereinen für Heimatschutz und Naturdenkmalpflege“ vor, noch einige solcher Treträder anzulegen und ihre Mitglieder darin einzuspannen — so etwas hat's früher auch mal gegeben, daß Menschen in Treträdern eingesperrt waren (gibt's auch heute noch, wenn auch nicht im wörtlichen Sinne!).

## Schmetterlingsmord.

Der „Hannoversche Kurier“ bringt unter der Ueberschrift: „200 000 Kohlweißlinge und 20 000 Zitronenfalter gesucht“ folgende Notiz:

„Von einem der angesehensten Laboratorien Süddeutschlands werden zur Zeit 200 000 Kohlweißlinge und 20 000 Zitronenfalter gesucht, damit wissenschaftliche Untersuchungen, die seit einiger Zeit aus Mangel an diesen Schmetterlingen

unterbrochen werden mußten, fortgesetzt werden können. Das Institut hat sich auch an die zuständige preussische Behörde gewandt mit der Bitte, durch eine Anweisung an die Schulbehörden die Sammlung der Schmetterlinge zu fördern, damit das gewünschte Material beschafft werden kann. Der Wunsch des Institutes soll dann auch den Schulbehörden empfehlend zur Kenntnis gebracht worden sein. Für eine bestimmte Anzahl Schmetterlinge wurde ein bestimmter Geldbetrag in Aussicht gestellt.

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Tierschutzvereine hat jedoch beim Preussischen Kultusministerium Einspruch erhoben, weil die Tierschutzvereine den Standpunkt vertreten, daß eine Belohnung durch Geld für das Einfangen und die Tötung dieser Tiere auf die Psyche der Kinder nachteilig wirken müsse und weil auch eine solche Anweisung an die Schulbehörden in scharfem Gegensatz zu der von dem Tierschutzverein betriebenen Erziehung der Kinder stehe. Ob die preussische Behörde ihre Anweisung zurücknehmen wird, dürfte zweifelhaft sein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß von der Behörde auf die Tier- und Pflanzenschutz-Verordnung verwiesen wird, die den Kohlweißling und den Zitronenfalter nicht unter den geschützten Insekten aufführt.“

Dem Tierfreund muß bei diesen Betrachtungen die Frage aufkommen: Was hat hier eigentlich der Tierschutz mit der Psyche der Kinder zu tun? Wir kommen dabei wieder einmal, wie oft bei Tierfreunden, zu dem Grund ihrer Tier-„Freundschaft“: Es ist bloßes Mitleid mit sich selber oder seiner Sippe (wozu hier die ganze Art „Mensch“ gehört), die manchen nötigt, Tierfreund zu werden, d. h. uns einzureden, er sei es. Psyche hin, Psyche her! Der Mord an den Schmetterlingen ist eine Gemeinheit, weil sie nicht dazu da sind, Menschen, die sich einbilden, Forscher zu sein, zum bloßen Mittel für ihre Zwecke zu dienen. Tiere haben ein Recht darauf, daß man ihr Interesse am Leben respektiert, d. h. genau so berücksichtigt wie die Interessen anderer Wesen. Und wenn die Psyche der Kinder nicht leiden würde, — die Gemeinheit an den Schmetterlingen würde dadurch nicht kleiner werden. W. E.

# Papens Münchhausen-Experiment.

In Nr. 218 veröffentlichten wir einen Teil der in Magdeburg am 11. Sept. gehaltenen Rede. Dort wurden fünf Möglichkeiten aufgezeigt zur Durchbrechung des Zirkels: Schrumpfende Massenkaufkraft, Absatzverringering, Produktionseinschränkung, Arbeitseinschränkung, schrumpfende Massenkaufkraft. Zum Abschluß lassen wir hier den Abschnitt der Rede folgen, der sich mit dem Versuch Papens befaßt, jenen Zirkel zu durchstoßen.

Der Hauptanreiz zur Ausdehnung der Produktion, den Papen bietet, ist eine Steigerung der Kaufkraft der Unternehmungen. Er händigt ihnen im Laufe von zwölf Monaten Steuergutscheine für 1,5 Milliarden Mark aus. Sie sollen als Kreditunterlage dienen. Wann sollen die Unternehmer Kredite erbitten? Wie sollen die Kredite verwandt werden? Papen nennt in erster Linie Reparaturen am Produktionsapparat. Die Unternehmer sollen sich also gegenseitig Aufträge geben zum Ausbau des Produktionsapparates. Konkret: Die Textilfabrikanten und Schuhfabrikanten sollen neue Webstühle und neue Schuhmaschinen bestellen bei der Maschinenindustrie. Diese soll neues Stabeisen und neue Grobbleche bei der Schwerindustrie in Auftrag geben. Warum zeigt Papen diese Produktionsrichtung? — Sehr einfach! Eine andere kann er nicht zeigen, weil er ja verhindert, daß der Massenkonsum steigt.

Papen verhindert sogar, daß durch Neueinstellung von Arbeitern die Massenkaufkraft steigt.

## Kohlkopf-Theorie.

Dem Papenschen Plan liegt eine Theorie zu Grunde, die wir im „ISK“ einmal als Kohlkopf-Theorie auf dem Arbeitsmarkt bezeichnet haben! Wenn nicht alle Kohlköpfe auf dem Wochenmarkt Absatz finden, dann setzen die Marktfrauen den Preis herunter, um den Markt vollständig zu räumen. Wenn nicht alle Arbeitskräfte Arbeit finden, so soll entsprechend der Lohn herabgesetzt werden, damit der Arbeitsmarkt geräumt wird.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß — sogar auf die Dauer gesehen — bei Lohnherabsetzungen mehr Arbeitskräfte im Produktionsprozeß untergebracht werden können. Dann würde eine negative, eine umgekehrte Rationalisierung einsetzen. Die Verwendung von Handarbeit würde in vielen Fällen rentabler werden als die Benutzung von Maschinen. Die deutsche Wirtschaft würde sich von dem amerikanischen Vorbild entfernen und dem chinesischen Vorbild annähern. Den Produktionsapparat, dessen Reparatur Papen vorschlägt, kann man dann allerdings erst recht nicht brauchen! Neue Fortschritte der Technik blieben dann ungenutzt, einfach weil ihre Anwendung bei niedrigen Löhnen sich nicht rentiert. Heute benutzte Fortschritte der Technik würden aus dem gleichen Grunde nicht mehr benutzt werden. Eine allgemeine Verarmung der deutschen Bevölkerung würde die Folge sein. Wenn sie weit genug getrieben wird, werden

alle schuffen, aber alle werden ärmer sein als heute die Arbeitslosen.

Doch sehen wir ab von dieser Anpassung des Produktionsapparats an niedrige Arbeitslöhne. Sie würde sich ja nur sehr langsam vollziehen.

## Vergrößerung des zu großen Produktionsapparates.

Papen erwartet bekanntlich im Gegenteil eine Verbesserung des Produktionsapparates. Sein Plan entspricht der kapitalistischen Theorie, daß die Krisen verursacht werden durch zu hohe Löhne und infolgedessen zu geringe Kapitalbildung. Ich will auf diese Theorie hier nicht im einzelnen eingehen. Nehmen wir uns nur den Wiederaufbauplan von Papen vor.

Der deutsche Produktionsapparat ist, wie wir alle wissen, schlecht ausgenutzt: in der Gesamtindustrie zu 35 Prozent, in der Konsumgüter-Industrie zu 39 Prozent, in der Produktionsgüter-Industrie sogar nur zu 31 Prozent. Und da will Papen die Krise bekämpfen durch Ausbau des Produktionsapparates! Dieser, wie mir scheint, völlig irrsinnige Plan, leuchtet merkwürdiger Weise sogar dem „Deutschen“ ein, dem Blatt der christlichen Gewerkschaften. Der „Deutsche“ schreibt mit ironischer Herablassung gegenüber den Kritikern der Unternehmertheorie: „Das können viele Leute nicht begreifen. Es erscheint ihnen unfassbar, daß die Ueberproduktion und damit die unbeschäftigten industriellen Produktionsmittel dann verschwinden, wenn neue Produktionsmittel geschaffen werden.“

Wer soll nun das begreifen? Unbeschäftigte Produktionsmittel werden in Gang gebracht, wenn neue Produktionsmittel geschaffen werden? Zu deren Produktion natürlich! Aber was dann? Dann sind doch noch mehr Produktionsmittel da! Was sollen die Unternehmer mit ihnen anfangen? Wieder neue Produktionsmittel produzieren?

Wie sollen sich also die Kapitalisten durch Vergrößerung des Produktionsapparates aus der Krise heraushelfen? Etwa so wie Münchhausen, der sich an seinem eigenen Zopf zum Monde heraufziehen wollte?

Wir sehen die Produktion schrumpfen, und Papen sagt, der Produktionsapparat solle vergrößert werden. Da drängt sich mir folgende Vergleichung auf: Man sieht einen Patienten, einen Schneider, abmagern. Er wird von Monat zu Monat magerer. Da läßt man ihn sich selber weitere Kleider machen in der Hoffnung, daß er durch diese Arbeit fetter wird und in die weiten Kleider hineinwächst.

So wenig wie dieser Schneider — ohne ganz andere Maßnahmen — in seine weiten Kleider hineinwächst, so wenig wird die deutsche Wirtschaft — ohne ganz andere Maßnahmen — in den erweiterten Produktionsapparat hineinwachsen. Sie wird gerade dann nicht in ihn hineinwachsen, wenn die Massenkaufkraft beschnitten wird. Das wird sie aber durch Papens Plan: Ich erinnere an die Wochenlohnkürzungen bis zu 27 Prozent in Betrieben, die bisher 48 Stunden arbeiteten, an die Stundenlohnkürzungen bis zu 20 Prozent in den sogenannten notleidenden Betrieben.

## Die Aussichten des Experiments.

Hat Papens Plan also gar keine Aussichten? Durchbricht er den Zirkel: Schrumpfende Massenkaufkraft, schrumpfender Absatz, schrumpfende Produktion, Arbeitseinschränkungen, schrumpfende Massenkaufkraft, an gar keiner Stelle? Ich will hier auf zwei Umstände hinweisen:

Erstens: Die Unternehmungen können die Produktion zum Teil ohne jede, zum Teil ohne fühlbare Lohnerhöhung vergrößern. Neueingestellte Arbeiter kosten bei 25 Prozent Mehrereinstellung, wie wir an einem Beispiel im „Funken“ ausgerechnet haben, 10,7 Pfennig in der Stunde. Bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung kosten den Unternehmer 5000 Arbeitsstunden sogar insgesamt 500 Mark weniger als vorher 4800 Arbeitsstunden. (Nach der am 15. September erfolgten Neuregelung ist das zweite Beispiel überholt.) In solchen Fällen werden die Unternehmer — auch in der Konsumgüter-Industrie — die Produktion wohl vielfach ausdehnen. Allerdings: Wohin mit den zusätzlichen Konsumgütern? Sollen sie alle auf Lager genommen werden?

Damit komme ich zu dem zweiten Umstand: Vor allem bei sich bessernder Weltkonjunktur — aber auch sonst — gewinnt Deutschland einen

### Vorsprung auf dem Weltmarkt.

Der Kampf um den Weltmarkt wird ja zur Zeit mit sehr drastischen Mitteln geführt. England machte mit der Pfundentwertung den Anfang. Sie bedeutete eine allgemeine Herabsetzung der Ausfuhrpreise. Waren, die bisher 1 Pfund Sterling = 20,40 Mark gekostet hatten, kosteten einige Tage darauf 1 Pfund Sterling = 16 Mark. — In Deutschland antwortete Brüning mit einer Notverordnung, die gleichzeitig Löhne und Preise senkte. Nun steht ein neuer Schlag von deutscher Seite in Aussicht:

Der Export kann gesteigert werden auf Grund der neuen Lohnsenkungen, und zwar kann Export auf Kredit erfolgen.

Als Unterlage für den Kredit können die Steuerscheine dienen. Export auf Kredit kann manche Konkurrenten aus dem Felde

schlagen. Export auf Kredit ist für Deutschland besonders wichtig. Denn nur bei solchem Export, nicht bei Export, der durch gleichzeitigen Import bezahlt wird, strömen keine zusätzlichen Waren nach Deutschland ein; für sie wäre kein Absatz, ohne daß die Preise sinken. Es ist daher durchaus folgerichtig, daß gleichzeitig neue Einfuhrzölle beschlossen worden sind. Es fragt sich nur, was die anderen Staaten tun werden, wenn ein Strom deutscher Notverordnungswaren, mit Notverordnungslohnen produziert, sich in sie ergießt. Weitere Einfuhrhemmungen dort werden wohl die Folge sein. Die Einfuhrhemmungen, die Deutschland aufrichten will, werden dazu unmittelbar den Anlaß geben.

Ich wiederhole: Wie kann sich der Anreiz zur Vergrößerung der Produktion, den Papen gibt, auswirken? Daß durch das Prämiensystem ein Anreiz gegeben wird, kann nicht bestritten werden. Die Wirkung kann sein: Erstens: Auf dem Binnenmarkt Ausbau von Produktionsmitteln. Doch wozu? Zweitens: Produktion von Massengütern für den Binnenmarkt? Für sie fehlt die Kaufkraft. Drittens: Produktion von Exportgütern? Neue Hemmungen stehen in Aussicht!

Nur unter einer Voraussetzung könnte Papens Notverordnung „zur Belebung der Wirtschaft“ Erfolg haben:

Wenn eine Steigerung der Weltkonjunktur die anderen Staaten aufnahmefähiger und aufnahmewilliger für deutsche Waren macht, wenn dadurch die deutsche Konjunktur — trotz der barbarischen Ankurbelungsmaßnahmen der deutschen Junker — mitgerissen wird von einer steigenden Welle der Weltkonjunktur.

Auf diese ungewisse Zukunftshoffnung hin werden der deutschen Arbeiterschaft Opfer über Opfer zugemutet!  
Hellmut Rauscheuplat.

## Deutscher Ausfuhrüberschuß im August: 97 Millionen Mark.

### Der letzte Monat billiger Rohstoff-Einfuhr? — Englisch-deutsche Konkurrenz.

Deutscher Außenhandel in Millionen Mark.

Monat M.-D.)	Insgesamt			Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Einf.	Ausf.†)	Saldo	Einf.	Ausf.†)	Einf.	Ausf.†)	Einf.	Ausf.†)
1913	898	841	- 57	234	89	523	190	116	562
1927	1186	900	- 286	361	37	599	217	212	644
1928	1167	1023	- 144	349	52	602	229	204	740
1929	1121	1124	+ 3	319	58	600	244	189	819
1930	866	1003	+ 137	247	40	459	204	150	753
1931	560	800	+ 240	164	30	289	151	102	615
1932, I. Halbj.	398	498	+ 100	129	15	202	90	65	391
1931 Jan.	715	775	+ 60	217	27	374	170	116	575
1931 Febr.	620	778	+ 158	172	24	381	180	113	591
1931 März	584	867	+ 283	171	29	297	172	111	662
1931 April	679	818	+ 139	192	33	367	160	115	620
1931 Mai	598	788	+ 190	171	30	311	154	113	593
1931 Juni	607	747	+ 140	167	25	322	150	114	566
1931 Juli	563	827	+ 264	167	31	287	151	106	641
1931 Aug.	454	803	+ 349	125	28	243	155	84	616
1932 Jan.	440	542	+ 102	141	22	221	102	75	417
1932 Febr.	441	538	+ 97	133	16	230	97	76	424
1932 März	364	527	+ 163	113	16	188	93	60	417
1932 April	427	481	+ 54	143	15	220	88	62	372
1932 Mai	351	447	+ 96	116	12	176	78	57	356
1932 Juni	364	454	+ 90	128	11	176	80	58	362
1932 Juli	366	431	+ 65	129	12	179	79	56	339
1932 Aug.	332	428	+ 96	105	15	174	79	50	334

\*) Monats-Durchschnitte.  
) Einschließlich Reparationslieferungen.

Die Handelsbilanz schließt im August mit einem Ausfuhrüberschuß von 97 Millionen Mark ab. Der Ausfuhrüberschuß betrug im Vormonat (berichtigtes Ergebnis): 65 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß ist also um rund 50 Prozent gestiegen.

Die Einfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 34 Millionen Mark zurückgegangen. Der Rückgang beruht vor allem auf der Verringerung der Einfuhr von Lebensmitteln und Fertigwaren.

Der durchschnittliche Preisstand der eingeführten Rohstoffe und halbfertigen Waren ist gegenüber dem Vormonat um 3 Prozent gesunken; noch hat sich also das Steigen der Rohstoffpreise nicht bemerkbar gemacht. Wenn das Steigen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt anhält, so wird das zweifellos die deutsche Handelsbilanz zunächst ungünstig beeinflussen. Deutschland hatte bisher einen Vorteil davon, daß die eingeführten Rohstoffe rascher im Preis sanken als die ausgeführten Fertigwaren. Es wird künftig einen Nachteil davon haben, daß die eingeführten Rohstoffe rascher im Preis steigen als die ausgeführten Fertigwaren.

Eine Entlastung der Handelsbilanz wird sich dagegen aus dem günstigen Ausfall der deutschen Ernte ergeben. Im zweiten Halbjahr 1931 betrug der Einfuhrüberschuß an Getreide rund 100 Millionen Mark, im ersten Halbjahr 1932 rund 160 Millionen Mark; im zweiten Halbjahr 1932 wird nur ein sehr geringer Einfuhrüberschuß an Getreide notwendig sein.

Die Ausfuhr hat gegenüber den Vormonaten um 2,5 Millionen Mark abgenommen. Der Rückgang der Gesamtausfuhr ist lediglich die Folge eines weiteren Absinkens des durchschnittlichen Preisstandes um 2 Prozent; der Menge nach hat die Ausfuhr um 1½ Prozent (die Fertigwarenausfuhr um 1 Prozent) zugenommen. Die saisonmäßig fällige Steigerung der Ausfuhr hat jedoch nicht stattgefunden.

Deutschland leidet auf dem Weltmarkt unter der Konkurrenz Englands: Vom ersten zum zweiten Vierteljahr 1932 ist die deutsche Ausfuhr um 14 Prozent gesunken; die englische Ausfuhr hat dagegen um 8 Prozent zugenommen. Der Anteil Deutschlands an der Weltausfuhr betrug im zweiten Vierteljahr 1932 nur noch 10,6 Prozent; im ersten Vierteljahr 1932 waren es 11,3, im vierten Vierteljahr 1931 sogar 13,4 Prozent (bei dieser Berechnung ist die Preisbewegung ausgeschaltet). Auf's Jahr gerechnet hat Deutschland von seinem Auslandsabsatz etwa ¼ Milliarden Mark an seine Konkurrenten verloren. Der Rückgang der deutschen Ausfuhr seit Ende 1931 ist nur zu etwa drei Vierteln auf die allge-

meine Schrumpfung des Absatzes zurückzuführen; ein Viertel des Ausfuhrückgangs ist Absatzverlust an die Konkurrenten.

Was die Schrumpfung des Auslandsabsatzes für den deutschen Arbeitsmarkt bedeutet, wie vorsichtig also im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes bei Kontingentierungen und Handelsvertragsverhandlungen verfahren werden sollte, zeigt die nachstehende Tabelle, in der angegeben ist, wieviel Prozent des Gesamtabsatzes wichtiger deutscher Industriezweige auf die Ausfuhr entfiel:

	1929	1930	1931
Maschinenbau	19,7	27,8	27,3
Elektrotechnik	15,3	19,5	22,2
Papierindustrie	14,3	15,0	16,5
Lederindustrie	33,3	35,4	38,2
Holzgewerbe	5,6	7,4	8,3
Spielwarenindustrie	45,8	52,4	51,9

H. H.

## Schrumpfender Außenhandel — schrumpfender Schiffsraum.

Nach der Jahresaufstellung von Lloyds Register ist der Weltschiffsraum von 70,1 Millionen Bruttoregistertonnen am 30. Juni 1931 zurückgegangen auf 69,7 Millionen Tonnen am 30. Juni 1932.

In einer Reihe von Ländern ist die Handelsflotte noch gewachsen:

	Zunahme in Tonnen
Norwegen	101 000
Danzig	82 000
Sowjet-Union	81 000
Griechenland	72 000
Italien	55 000

Gerade in den für den Schiffsverkehr wichtigsten Ländern ist der Schiffsraum stark zurückgegangen:

	Abnahme in Tonnen
Großbritannien	631 000
Holland	154 000
USA	95 000
Deutschland	90 000

Welche Veränderungen seit der Vorkriegszeit vor sich gegangen sind, zeigt die folgende Tabelle:

	Bestand in Tonnen	
	1914	1932
Großbritannien und Irland	18 892 000	19 562 000
Britische Dominions	1 632 000	2 970 000
Frankreich	1 922 000	3 508 000
Deutschland	5 135 000	4 143 000
Holland	1 472 000	2 957 000
Italien	1 430 000	3 331 000
Japan	1 708 000	4 255 000
Norwegen	1 957 000	4 164 000
USA	2 027 000	10 270 000

Die Verschiebungen sind außerordentlich stark und auch politisch wichtig: Großbritannien ist auf dem Rückmarsch, sein Anteil ist gesunken von 42 auf 29 Prozent. Dafür haben die USA jetzt 15 statt 4,5 Prozent des gesamten Schiffsraums. Die Veränderungen während des letztvergangenen Jahres deuten darauf hin, daß Großbritanniens Anteil weiter zurückgeht.  
H. H.

## DEUTSCHLAND

Rußland-Konsortium 10: Das zehnte Bankenkonsortium zur Finanzierung von Exporten nach der Sowjet-Union ist überraschend schnell zusammengekommen. Die Banken wollen Wechsel im Höchstbetrag von 110 Millionen Mark diskontieren, die spätestens im Dezember 1935 fällig werden. Es handelt sich also um einen Kredit für 39 Monate! Die Reichsbank hat die Zusage gegeben, die Wechsel ihrerseits zu re-diskontieren. — Beginnt jetzt ein Wettlauf der Exportländer in der Einräumung langer Kreditfristen an die Sowjet-Union?

## FRANKREICH

Beteiligt sich auch Frankreich an dem Wettlauf um russische Aufträge? Französische Industrielle haben sich an die französische Regierung mit der Bitte gewandt, russische Bestellungen in Frankreich zu fördern und neue Kredite an die Sowjet-Union zu gewähren. Ob die französische Regierung sich darauf einlassen wird, steht noch nicht fest; bisher hat sie jedenfalls solche Bitten abgelehnt.